

Thomas Urban
Streitthema Vertreibung.
Gegenläufige Geschichtsdiskurse, Missverständnisse und fehlende Informationen

Mehr als zwei Drittel der Deutschen, nämlich 68 Prozent, haben nie von der Initiative zum Bau eines Zentrums zur Dokumentation von Vertreibungen in Europa des 20. Jahrhunderts gehört. Nur zwölf Prozent haben eine genauere Vorstellung von dem Projekt. Diese Zahlen ergab eine großangelegte Umfrage des Instituts für öffentliche Angelegenheiten in Warschau über das Polen-Bild der Deutschen in den Jahren 2000 bis 2006.¹

In Polen aber hat die Debatte über die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg eine Breitenwirkung erzielt und somit das politische Klima beeinflusst. Warschauer Politologen sind der Meinung, dass der Streit um das Zentrumprojekt das nationalpatriotisch orientierte Lager mobilisiert hat. Die Proteste gegen die angebliche Geschichtsrevision der Deutschen brachten demzufolge den Kandidaten, die ihre Distanz, gar Skepsis gegenüber den deutschen Nachbarn betonten, die entscheidenden Prozentpunkte bei den Präsidenten- und Parlamentswahlen 2005 ein.² Premierminister Jarosław Kaczyński erklärte dazu, dass in der Bundesrepublik eine "ungewöhnlich starke Revision der Geschichte" im Sinne eines "neuen Typs nationaler Ideologie" im Gange sei.³

Die Umschreibung der Geschichte durch die Deutschen zu Lasten der Polen ist seit mehreren Jahren Dauerthema der rechts orientierten Presse, an erster Stelle der einflussreichen Tageszeitung Rzeczpospolita. Kommentatoren der Zeitung gaben die Parole aus, dass mit den Deutschen eine "Schlacht um das Gedächtnis"⁴ oder gar ein unbedingt zu gewinnender "Krieg um das Gedächtnis"⁵ geführt werden müsse.

Rzeczpospolita führt seit 2005 gemeinsam mit dem Wochenmagazin Wprost die Aktion "Gegen polnische Lager" durch, an der auch das Außenministerium in Warschau beteiligt ist.⁶ Im Rahmen dieser Aktion werden Polen überall auf der Welt aufgefordert, die Redaktionen in Warschau zu informieren, wenn sie in der ausländischen Presse die Formulierung "polnische Lager" finden. Zeitungen, die diese gebrauchen anstatt der verlangten Formulierung "die von den deutschen Nazis im besetzten Polen eingerichteten Lager", bekommen von der polnischen Botschaft in dem jeweiligen Land einen Protestbrief. Von Wprost und Rzeczpospolita werden sie überdies in redaktionellen Beiträgen als "Geschichtsfälscher" angeprangert. Angebliche Fälschungen zu Lasten Polens haben demnach bereits Dutzende von ausländischen Blättern publiziert, darunter solche prominente wie die New York Times, die Washington Post, das Wallstreet Journal, der Economist, El País, Haaretz, die Süddeutsche Zeitung und Der Spiegel.⁷

Eine Überprüfung der kritisierten Publikationen ergibt allerdings, dass in keinem einzigen Falle behauptet wird, Polen und nicht die Deutschen hätten die Konzentrationslager eingerichtet. Vielmehr ist in jeder der inkriminierten Publikationen eindeutig beschrieben, dass Deutsche die Täter, Juden und vor allem Angehörige osteuropäischer Völker die Opfer waren. Die angeschriebenen Redaktionen räumen ein, dass die Formulierung "polnische Lager" aus dem Kontext gerissen missverständlich sei und besser vermieden würde. Doch in den konkreten Fällen war sie ausnahmslos als geographischer Begriff klar erkennbar, Überschrift und Inhalt ließen keine Fehlinterpretation zu. Die polnischen Blätter aber behaupteten unter Berufung auf diese Formulierung, dass weltweit eine Geschichtsrevision stattfindet, durch die den Polen deutsche Schuld zugeschrieben werden solle.

Hinwendung zu eigenen Opfern

In der Bundesrepublik stoßen derartige Publikationen auf Unverständnis. Hier sieht man vielmehr das "Ende der Nachkriegszeit" gekommen.⁸ Hauptgrund für die Historisierung des Zweiten Weltkriegs in der deutschen Publizistik ist zweifellos der Generationswechsel: Die

Enkel der Kriegsgeneration wenden sich auch den Opfern auf deutscher Seite zu, nachdem die Generation der Kinder nach der Schuld der Väter im Krieg gefragt hat. In Polen wird dies mit größtem Misstrauen verfolgt. Polnische Publizisten vertreten die Auffassung, dass man in der Bundesrepublik generell die deutsche Schuld verkleinern, wenn nicht gar ganz aus dem kollektiven Gedächtnis streichen möchte. Unter diesem Blickwinkel bewerten sie etwa Bücher über die Bombardierung deutscher Städte,⁹ die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen durch Rotarmisten¹⁰ und Dokumentationen über Flucht und Vertreibung 1945.¹¹ Sogar Günter Grass wurde vorgeworfen, mit seinem Roman "Der Krebsgang" über den Untergang des Flüchtlingsschiffs Wilhelm Gustloff, erschienen 2002, zur Geschichtsrevision beizutragen. Berater der nationalkonservativen Regierung in Warschau sehen die Publikationen über deutsche Opfer gar als "gefährlich" an.¹²

In Polen verläuft der große Geschichtsdiskurs also in die entgegengesetzte Richtung: Ein Großteil der Enkel identifiziert sich mit der Kriegsgeneration, die vor allem als Opfer der deutschen Besatzer gesehen wird. Die "Geschichtspolitik" der nationalkonservativen Regierung zielt darauf ab, in der jungen Generation dieses Bild noch stärker zu verankern.¹³ Das polnische Geschichtsbild ist geschlossen, es ist in diesem traditionell: Jeder Generation identifiziert sich mit den Heldentaten und dem Opfer und Leiden der vorhergehenden Generationen.

Das Geschichtsbild der Deutschen ist dagegen gebrochen; die heutigen Deutschen identifizieren sich selbstverständlich nicht mit der Politik vor zwei Generationen, mit den nationalsozialistischen Leitbildern und Propagandaparolen. Im Gegenteil: Abgesehen von marginalen Gruppen stellen sie dessen verbrecherischen Charakter nicht in Frage. Doch die heutige Generation möchte anerkannt sehen, dass die Deutschen die Verantwortung für diese düsteren Kapitel der jüngsten Geschichte übernommen haben: Sie haben Entschädigungszahlungen und letztlich auch den Verlust der Oder-Neiße-Gebiete ebenso akzeptiert, wie die Bitten um Vergebung, die Bundespräsident Roman Herzog zum 50. Jahrestag des Warschauer Aufstandes 1994 und Bundeskanzler Gerhard Schröder zehn Jahre später am Ort des Geschehens ausgesprochen haben.

Neuer Streit um die Ostgebiete

Die gegenläufigen Geschichtsdiskurse sind typisch für die deutsch-polnischen Beziehungen. Denn diese waren stets von Spannungen geprägt, vom Mittelalter bis in die Gegenwart. In der Neuzeit nahmen die Interessengegensätze ihren Ausgang mit den Teilungen Polens Ende des 18. Jahrhunderts, als das Land von den drei Nachbarn aufgeteilt und schließlich von der politischen Landkarte Europas verschwand. Betrafen diese Gegensätze zunächst nur die adlige Oberschicht, so weckte der von Reichskanzler Otto von Bismarck ausgerufene "Kulturkampf" gegen die katholische Kirche ein polnisches Nationalgefühl in breiten Schichten der von Preußen annektierten Gebiete des einstigen Königreichs Polen. Die Bismarcksche Politik wurde keineswegs grundlos auch als Angriff auf das Polentum verstanden. Im kollektiven Gedächtnis der Polen ist der Reichskanzler daher eine absolut negative Figur, während er in jüngsten bundesdeutschen Publikationen zumindest als erfolgreicher Außenpolitiker gewürdigt wird.

Kaum geringer sind die Unterschiede in der Bewertung der Jahre zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg. Die Konferenz von Versailles trug nach deutscher Interpretation bereits den Keim für den Aufstieg des Nationalsozialismus in sich. Für die Polen aber bedeutet Versailles die Besiegelung der Wiedergeburt ihres Staates, nachdem dieser 123 Jahre lang von der politischen Landkarte verschwunden war.

Gemeinsam ist beiden Seiten nur, dass sie sich damals durch die Ergebnisse der Konferenz betrogen fühlten: Die Deutschen meinten keineswegs grundlos, sie hätten neben unzweifelhaft polnischen Regionen auch Gebiete an Polen abtreten müssen, in denen die Polen nur eine Minderheit der Bevölkerung stellten. So hatten bei der Volksabstimmung 1921 in der

Industriestadt Kattowitz 85 Prozent der Wähler für den Verbleib beim Deutschen Reich gestimmt - ein in Polen heute nur Historikern bekanntes Faktum, das sich aber in keinem Schulbuch findet. Die Polen hingegen hatten in Versailles auf ein wesentlich größeres Territorium Anspruch erhoben, als ihnen letztlich zugesprochen wurde: Sie hatten ganz Oberschlesien bis Oppeln gefordert, den Ostteil Pommerns, Danzig sowie ganz Ostpreußen. Diese Streitfragen spielen indes im deutschen Diskurs der Gegenwart keine Rolle mehr, so wie auch die nach wie vor erheblichen Differenzen zwischen Polen und seinen östlichen Nachbarn, nämlich Litauern, Ukrainern und Russen, um die gemeinsamen Geschichte kaum Beachtung finden. Allerdings haben diese Debatten sehr wohl einen aktuellen deutschen Aspekt: 1920 hatten die polnischen Streitkräfte bei Warschau die Rote Armee besiegt und beim anschließenden Vorstoß nach Osten riesige Geländegewinne erzielt. Diese Gebiete gehören heute zu Litauen, Weißrussland und zur Ukraine. Folgerichtig wirft man heute dort Warschau die aggressive Politik in der Zwischenkriegszeit vor, was in Polen indes erstaunt, teilweise sogar empört zur Kenntnis genommen wird. Im Zweiten Weltkrieg verlor Polen diese Gebiete, in denen weniger als ein Drittel der Einwohner Polen waren, an die Sowjetunion. Als Ausgleich bekam das Land die deutschen Ostgebiete.

Diese Grenzverschiebung wird heute zwischen Deutschen und Polen unterschiedlich bewertet - und dies ist einer der Hauptgründe für die aktuellen Missverständnisse und Konflikte um Eigentumsforderungen. Nach deutscher Auffassung muss die Abtretung von Schlesien, Pommern und Ostpreußen als Reparation für all jene Zerstörungen gesehen werden, die von den deutschen Besatzern verursacht wurden.¹⁴ In Polen dagegen ist man sich einig, dass die Übernahme der deutschen Ostgebiete nur als Ausgleich für den Verlust der polnischen Ostgebiete gelten kann. Die Reparationsfrage ist daher in den Augen namentlich rechts orientierter Politiker noch längst nicht erledigt. Nationalistische Gruppierungen vertreten sogar den Standpunkt, dass Polen einen historischen Anspruch auf diese Gebiete gehabt habe, sie seien nämlich "Piastenland". Überdies sei Polen nie für die Zerstörungen, für die die deutschen Besatzer die Verantwortung tragen, entschädigt worden. Das Land sei also doppelt betrogen worden.¹⁵ In der Bundesrepublik führt man hingegen an, dass all diese Fragen bereits 1945 auf der Potsdamer Konferenz geklärt worden seien; überdies habe Polen 1953 eben wegen der Übernahme der Oder-Neiße-Gebiete auf Reparationen verzichtet.

Eigentumsforderungen und Schuldbekenntnisse

Dass eine kleine Gruppe deutscher Heimatvertriebener über die im Jahr 2000 gegründete Rechtsberatungsfirma Preußische Treuhand versucht, Eigentumstitel für die nach dem Zweiten Weltkrieg zwangsweise aufgegebenen Immobilien östlich von Oder und Neiße durchzusetzen, stößt in Polen einhellig auf Empörung und gilt als stärkstes Argument für die Warnungen vor einer Geschichtsrevision der Deutschen zu Lasten der Polen. Die Preußische Treuhand stößt auch deshalb auf heftigen Widerstand, weil sie die polnische Interpretation der Nachkriegsgeschichte, nach der die Einwohner der deutschen Ostgebiete zu Recht vertrieben worden sind, schlicht ignoriert, somit also auch das polnische Leiden während der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg.

In der Bundesrepublik werden diese Emotionen eher verständnislos zur Kenntnis genommen. Es wird darauf verwiesen, dass in einer Demokratie jedem Bürger der Weg einer Zivilklage offen stehen muss. Die Bundesregierung beschränkt sich auf die Zusicherung, die Ansprüche nicht zu unterstützen. Mehr kann sie nicht tun, da nach Auffassung der Juristen des Auswärtigen Amtes das Potsdamer Protokoll von 1945 die deutschen Ostgebiete nicht zu polnischem Staatsgebiet machte, sondern lediglich "unter polnische Verwaltung" stellte, dass dieses Problem völkerrechtlich erst mit dem Grenzvertrag von 1990 gelöst wurde.

Aus einer Umfrage des Warschauer Meinungsforschungsinstituts Pentor geht hervor, dass die Furcht der Polen vor Forderungen der ehemaligen deutschen Immobilienbesitzer um so größer ist, je weiter sie von den einst deutschen Gebieten entfernt leben. Am größten ist diese

Furcht in Regionen, die gar nicht betroffen wären. So teilten auf dem Höhepunkt der Debatte um die Vertreibung im Herbst 2003 derartige Befürchtungen fast zwei Drittel der Einwohner der Woiwodschaften Masowien mit der Hauptstadt Warschau und des Vorkarpathenlandes (Podkarpackie). In der zentralpolnischen Woiwodschaft Świętokrzyskie hatten sogar 77 Prozent der Einwohner Angst vor den Forderungen der Deutschen. Ganz anders lagen die Dinge in den ehemaligen deutschen Ostgebieten: In der Woiwodschaft Pommern äußerten nur 27 Prozent der Befragten derartige Befürchtungen und in der Woiwodschaft Schlesien 23 Prozent.¹⁶

Drei Jahre später, im Herbst 2006, meinte landesweit nur noch ein Drittel der Polen, dass derartige Eigentumsforderungen eine Bedrohung für das Land darstellen.¹⁷

Das Projekt eines Zentrums zur Dokumentation von Vertreibungen in Berlin, wie es der Bund der Vertriebenen (BdV) anstrebt, gilt in Polen als psychologischer Flankenschutz für Eigentumsforderungen, wie sie die Preußische Treuhand erhebt. Die polnische Presse hat entweder überhaupt nicht oder nur am Rande berichtet, dass die BdV-Führung Eigentumsforderungen an die Adresse Polens ablehnt.

Die Initiatoren der Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen" (ZgV), neben der BdV-Präsidentin Erika Steinbach der 2005 verstorbene frühere SPD-Generalsekretär Peter Glotz, hatten sehr genau beobachtet, dass in Polen Mitte der neunziger Jahre eine intensive Debatte über die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße stattgefunden hatte. Vor allem die liberale Gazeta Wyborcza und der Tygodnik Powszechny, das Sprachrohr der reformorientierten Katholiken, widmeten dem Thema zahlreiche Beiträge.¹⁸ Auch erschien etwa ein Dutzend wissenschaftlicher Bücher zu dem Thema.¹⁹ Doch bald zeigte sich, dass diese erste polnische Vertreibungsdebatte nur einen kleinen Teil der Öffentlichkeit erreicht hat. Namentlich das konservative und nationalistische Milieu lehnte den Ansatz, dass auch ein Teil der Deutschen Opfer des Krieges und seiner Folgen geworden sei, entschieden ab.

Folgen der Jedwabne-Debatte

Diese erste Vertreibungsdebatte wurde im Jahr 2000 jäh von einem anderen Thema überlagert, das sich zur heftigsten Kontroverse der jungen polnischen Demokratie auswuchs. Es ging um nichts Geringeres als eine mögliche Beteiligung von Polen am Holocaust. Die Debatte hatte ein Buch des aus Warschau stammenden Politologen Jan T. Gross über den Judenpogrom von Jedwabne im Juli 1941 ausgelöst.²⁰ In dem ostpolnischen Städtchen hatte eine Gruppe Einheimischer, denen ein SS-Kommando Straffreiheit und Beute versprochen hatte, einen Großteil der jüdischen Nachbarn ermordet.

In der Bundesrepublik wurde das Buch von Gross zunächst uneingeschränkt begrüßt, sowohl von rechts wie von links, was für ein Buch über ein Kapitel des Zweiten Weltkriegs wohl ein Unikum sein dürfte: Liberale und links orientierte Publizisten zeigten sich befriedigt, dass ein weiteres Kapitel des Holocaust aufgeklärt sei und die Polen außerdem gezwungen würden, sich mit ihrem traditionellen Antisemitismus auseinander zu setzen. In rechtsradikalen Postillen sowie den Publikationen der Vertriebenen wurde die Befriedigung darüber nicht verhehlt, dass nun auch Polen als Täter gebrandmarkt würden. Millionen von Vertriebenen hätten schließlich erlebt, dass Polen auch Täter gewesen seien. Die Position deutscher Rechter war somit nahezu deckungsgleich mit der der polnischen Liberalen und Linken, die eine Auseinandersetzung mit polnischer Schuld fordern.

In der polnischen Presse wurden viele deutschen Kommentare zu Jedwabne nachgedruckt. Für polnische Publizisten stand fest, warum die Deutschen sich so intensiv mit dem polnischen Antisemitismus befassen: Es entlastet sie. Die deutsche Schuld wird geringer, banaler, wenn auch Polen nicht nur als Antisemiten, sondern gar als Mittäter gebrandmarkt werden können. Dabei war die Ermordung der polnischen Juden, wie immer wieder bitter vermerkt wird, die Politik nicht der polnischen, sondern der deutschen Regierung.²¹

Kampagnen gegen das Zentrum

Die Jedwabne-Kontroverse war auch von den Initiatoren des Zentrums gegen Vertreibungen verfolgt worden, so wie sie schon die polnische Vertreibungsdebatte Mitte der neunziger Jahre analysiert hatten. Aus beiden schlossen sie, dass die polnische Gesellschaft nun von dem traditionellen Selbstbild als "Volk der Helden und Opfer" Abschied genommen habe. Die polnische Regierung und polnische Institute wurden eingeladen, sich am Zentrumsprojekt zu beteiligen.

Doch diese Einschätzung war falsch. Nach der Jedwabne-Debatte habe man nicht hinnehmen können, dass Polen ein weiteres Mal von Deutschen als Täter oder Mittäter hingestellt werden, befanden polnische Publizisten.²² Das Unbehagen an dem Zentrumsprojekt fasste Wladyslaw Bartoszewski, der frühere konservative Außenminister, mit den Worten zusammen: "In Deutschland will man das falsche Bewusstsein aufbauen, dass neben den Juden vor allem die Deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges waren." (Zbudować fałszywą świadomość, że poza Żydami ofiarami wojny światowej byli głównie Niemcy)²³

Bartoszewski* löste somit eine Welle von Protesten aus, denen der Vorwurf zugrunde lag, das Zentrum gegen Vertreibungen ziele auf die Revision, gar Fälschung der Geschichtsschreibung ab.

Die Idee zu dem Zentrum war noch zu Regierungszeiten Helmut Kohls geboren worden. Dieser hatte der neuen BdV-Vorsitzenden Erika Steinbach zwei Dinge nahegelegt: Sie sollte erstens den Verband von von Alt- und Neonazis zu säubern, die dort in den letzten Jahren des Vorsitzes des bereits gebrechlichen Herbert Czaja Einfluss gewonnen hatten. Zweitens sollte sie ein Konzept für die Zukunft des BdV entwickeln, für die Zeit, wenn die Erlebnisgeneration nicht mehr lebt. Das Zentrum gegen Vertreibungen war also von Anfang an als Projekt gedacht, dass die Vertriebenenorganisationen ersetzen soll. Die Prämisse war dabei eindeutig: Es durfte auf keinen Fall konfrontativ sein, es sollte europäisch ausgerichtet sein. In der polnischen Presse wurde über diese Vorgeschichte nie berichtet, das Konzept wurde nie vorgestellt, sondern von Anfang an pauschal abgelehnt.

Angesichts der scharfen Töne aus Warschau beschloss der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder, in die Debatte einzugreifen, um die Wogen auf polnischer Seite zu glätten. Er verwarf den Vorschlag von Innenminister Otto Schily, eine große Konferenz mit Politikern und Wissenschaftlern aus Deutschland, Polen, Tschechien einzuberufen; die Konferenz sollte das Thema politisch entschärfen. Vielmehr entschied sich Schröder für den Vorschlag von Außenminister Joschka Fischer, auf Konfrontation zum BdV und den hinter diesem stehenden Christdemokraten zu gehen. Schröder erklärte folglich, mit dem Berliner Zentrumsprojekt entstehe die Gefahr, "das Unrecht, das Deutschen widerfahren ist, in den Vordergrund zu stellen".²⁴ Auch Fischer unterstellte, es ziele darauf ab, "die historische Schuld der Deutschen" zu relativieren. "Der BdV taugt nicht als Museumsdirektor", erklärte er.²⁵

Mit ihren Festlegungen aber machten der Kanzler und der Vizkanzler das Zentrum nicht nur zum Streitpunkt der Innenpolitik, sondern gaben auch das Signal für die polnische Regierung, die organisierten Heimatvertriebenen anzugreifen, was seit der Wende von 1989 nicht mehr geschehen war. Es entwickelte sich in Polen eine Debatte, die teilweise hysterische Züge trug und die bald von rechts orientierten Publizisten und Politikern dominiert wurde.

Erika Steinbach wurde zur neuen Hassfigur fast aller polnischen Medien: Im rechten Spektrum wurde ihr Geschichtsfälschung vorgeworfen, ohne dass dies durch Beispiele begründet wurde; links und liberal orientierte Publikationen machten sie zur Hauptverantwortlichen für die Eintrübung der deutsch-polnischen Beziehungen. Den Angriffen auf sie, die mitunter an Propagandakampagnen aus der Zeit der Volksrepublik Polen erinnerten, lagen oft den Tatsachen nicht entsprechende Berichte zugrunde, gelegentlich aus dem Zusammenhang gerissene und somit ihres ursprünglichen Sinnes beraubte, in Einzelfällen sogar erfundene Zitate.²⁶ Ihr wurde unterstellt, einem Neo-

Nationalsozialismus das Feld bereiten zu wollen. Das Magazin Wprost bildete sie auf einem vieldiskutierten Titelbild in SS-Uniform ab, auf Kanzler Schröder reitend. Darunter stand in schwarz-rot-gelben Lettern: "Das deutsche trojanische Pferd." Schröder wurde im Textteil unterstellt, er meine es mit der Verständigung mit Polen nicht ernst, da die Bundesrepublik den BdV alljährlich mit Millionen alimentiere.²⁷ Laut Wprost hat das Zentrum die Aufgabe zu zeigen, "dass die Polen den Deutschen am meisten Leiden zugefügt haben".²⁸

Gänzlich verschwiegen die polnischen Medien, dass das Zentrumsprojekt auch jüdische Intellektuelle²⁹ und vor allem christliche Organisationen unterstützen, die seit Jahrzehnten am deutsch-polnischen Dialog teilnehmen, die während des Kriegsrechts in den achtziger Jahren Hilfsorganisationen für Polen organisiert haben.³⁰ Ebenso haben die polnischen Zeitungsleser und Fernsehzuschauer nicht erfahren, dass in der Ausstellung "Erzwungene Wege", die die Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen" 2006 organisierte, erstmals in der Bundesrepublik auch das Schicksal der Polen gezeigt wurde, die im Zweiten Weltkrieg im Rahmen der NS-Volkstumspolitik von den deutschen Besatzern vertrieben wurden: fast eine Million aus den ans Reich angeschlossenen Gebieten sowie mehr als 100 000 Einwohner des Landkreises Zamość, der zu einem "Musterbezirk germanischer Wehrbauern" werden sollte.³¹

Die polnischen Medien haben auch nicht berichtet, wie in der Bundesrepublik die Reaktionen auf die Ausstellung ausgefallen sind: Es wurde von nahezu allen Kommentatoren herausgestellt, dass die deutschen Vertriebenen keineswegs allein ein derartiges Schicksal erlebt hätten. Mehr noch: anderen Völkern sei es teilweise viel schlimmer ergangen, beispielsweise den Polen, die nach Sibirien und Kasachstan deportiert worden waren. Die Ausstellung hat also in Deutschland keineswegs aggressive Stimmungen geschürt, im Gegenteil, ihre Botschaft wurde als Bemühen um Verständnis und Versöhnung angesehen. Kollektivschuld und Erbschuld

Der Rückkehr des Themas Vertreibung in die deutsche Debatte stand für einen Teil der polnischen Kommentatoren und Politiker unter dem Motto: "Die Kinder der Mörder erinnern an das Leid ihrer Eltern."³² In diesem Sinne heißt es in einer Resolution der von Jarosław Kaczyński geführten nationalkonservativen Partei "Recht und Gerechtigkeit" (PiS): "Die Verantwortung muss das gesamte deutsche Volk tragen, das sich in seiner Masse dem Hitlerismus unterstellt hat und die Herrschaft Hitlers akzeptiert hat."³³

Dieses Argument der Kollektiv- und der Erbschuld wird indes in Deutschland wenig verstanden und akzeptiert. Denn nur eine marginale Gruppe von NS-Sympathisanten sowie eine Minderheit unter den organisierten Vertriebenen bestreiten den Zusammenhang zwischen dem deutschen Vernichtungskrieg und der anschließenden Vertreibung. Vielmehr wird in den neuesten deutschen Buchpublikationen zum Kriegsende 1945 durchweg der Bogen zurück zum Jahr 1939 geschlagen.³⁴

Auch ein zweites in Polen immer wieder angeführtes Argument stößt in Deutschland nur auf begrenztes Verständnis: Da die Verbrechen, die Deutsche an Polen während des Kriegs verübt haben, um ein Vielfaches gewaltiger waren als das Leid der Vertriebenen, sei es nicht hinzunehmen, wenn die Deutschen heute ihre eigenen Opfer herausstellen. Verwiesen wird dabei immer wieder auf den Warschauer Aufstand vom Spätsommer 1944, bei dem nicht nur rund 150 000 Zivilisten umgekommen sind, sondern auch das Stadtzentrum dem Erdboden gleichgemacht wurde. In der Bundesrepublik werden dagegen die Vertriebenen mittlerweile wieder überwiegend als Opfer gesehen, die einen höheren Preis für den von der Gesamtheit der Deutschen zu verantwortenden Krieg zu bezahlen hatten als diejenigen, die nach dem Krieg das Glück hatten, in Nord-, West- oder Süddeutschland zu leben. Die polnischen Proteste gegen das Projekt werden von einem Großteil der deutschen Kommentatoren als Versuch angesehen, ein düsteres Kapitel der eigenen Vergangenheit zu tabuisieren.

Dass gleichzeitig polnische Politiker und Publizisten aus dem rechten Lager, die nach dem Krieg geboren sind, für sich und ihre Landsleute nach wie vor gegenüber den Deutschen einen Opferstatus reklamieren, wird in der Bundesrepublik gar als moralische Anmaßung verstanden. Gerade an der Zurückweisung dieses Anspruches zeigt sich, dass sich die Diskurse über die jüngste Vergangenheit in Polen und in Deutschland in verschiedenen Stadien befinden: Namentlich die polnische Rechte geht davon aus, dass die heutigen Deutschen zu wenig über das Besatzungsregime im Zweiten Weltkrieg wüssten, das nicht nur den Holocaust organisierte, sondern auch die Vernichtung Polens als Kulturnation anstrebte. Diese These ist keineswegs unbegründet, doch trifft sie weder für die politische, noch die intellektuelle Elite der Bundesrepublik zu, wie etwa die große Zahl deutscher Publikationen und Fernsehdokumentationen zu dem Thema zeigt.

Festhalten am idealisierten Selbstbild

In der Bundesrepublik wird immer wieder darauf hingewiesen, wie tief und umfassend die düsteren Seiten der eigenen Geschichte aufgearbeitet worden seien. Der Holocaust-Überlebende und Historiker Arno Lustiger stellte dazu fest: "Dabei ist Deutschland, das sage ich nicht ohne Stolz, am weitesten. Die Gesellschaft hier ist sich der Geschichte bewusst." Dasselbe wünsche er sich auch "für Bulgarien, für Rumänien, auch für Polen und viele andere".³⁵

Lustiger hat damit ausgesprochen, was in der Bundesrepublik weit verbreitete Meinung über deutsch-polnische Geschichtsdebatten sein dürfte: Während man deutscherseits durchaus stolz auf die kritische Haltung zur eigenen Geschichte ist, wirft man der polnischen Seite einen Mangel an kritischer Distanz vor. Für die polnischen Adressaten ist diese Kritik grundsätzlich schwer zu ertragen, da sie aus dem "Volk der Täter" kommt. Wenn zudem die "Enkel der Täter" in diese Kritik die angeblich unzureichende Aufarbeitung des traditionellen polnischen Antisemitismus einbeziehen, so löst dies Empörung in Polen aus.

Umgekehrt empört es die deutsche Öffentlichkeit, wenn ihre Bemühungen um Aufarbeitung der Geschichte ignoriert werden. Dies war beispielsweise der Fall, als der polnische Premierminister Jarosław Kaczyński ausgerechnet beim Besuch des Konzentrationslagers Stutthof bei Danzig im August 2006 der deutschen Seite im Hinblick auf die Ausstellung "Erzwungene Wege" der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen in brüskem Ton vorwarf, zu vergessen, "wer Täter und wer Opfer war"³⁶ Mit seinem Auftritt hat er nach Auffassung deutscher Kommentatoren gezeigt, dass er offenbar in der Kategorie der Kollektivschuld denkt. Die polnische Rechte steht heute in den Augen wohl der meisten Bundesbürger als eine Kraft da, die die auch von den Heimatvertriebenen zur Versöhnung ausgestreckte Hand nicht ergreifen möchte, weil sie am idealisierten Selbstbild als "Volk der Helden und Opfer" festhalten möchte.

Sechs Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stößt die polnische Haltung auch deshalb auf Unverständnis, weil die anderen einstigen Kriegsgegner durch symbolische Gesten dieses Kapitel der gemeinsamen Geschichte für abgeschlossen erklärt haben: So haben die Westalliierten zum 60. Jahrestag der Landung in der Normandie 2004 den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder eingeladen. Am 9. Mai 2005 saß Schröder sogar bei der großen Siegesfeier auf dem Roten Platz als Ehrengast in der ersten Reihe. Drei Wochen zuvor war ein Deutscher, der Hitlerjunge und Wehrmachtssoldat war, wenn auch beides widerwillig, sogar zum Papst gewählt worden.

Die Botschaften der Päpste

Benedikt XVI. ist in Polen außerordentlich beliebt. Er war nicht nur Vertrauter des polnischen Papstes, sondern bekundet auch heute bei vielen Gelegenheiten sein besonderes Interesse an Polen. So flicht er in nahezu jede seiner kurzen Ansprachen beim sonntäglichen Angelus-Gebet auf dem Petersplatz eine kurze Botschaft auf Polnisch ein. Bei seiner Polenreise im Mai 2006 wurde er umjubelt. Dass der Papst dem Bund der Vertriebenen zum "Tag der Heimat"

alljährlich eine Gruß- und Segensbotschaft schickt³⁷, hat die polnische Öffentlichkeit dagegen nicht erfahren.

Auch sein großer Vorgänger Johannes Paul II. hat derartige Botschaften zum "Tag der Heimat" geschickt, zuletzt im Sommer 2003, auf dem Höhepunkt der Emotionen um das Zentrum gegen Vertreibungen. Die polnische Tagespresse hat dies gänzlich verschwiegen. Nur die katholische Wochenzeitung Tygodnik Powszechny hat darüber berichtet, sie stellte das Schreiben aus Rom als eine Manipulation deutscher Geistlicher im Vatikan dar, von der der Papst sicherlich nichts gewusst habe. In katholischen Kreisen in Deutschland hat man dies mit Fassungslosigkeit zur Kenntnis genommen.

Karol Wojtyła gehörte bekanntlich zu den maßgeblichen Autoren des berühmten Briefs der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder im Jahr 1965. Auf einer Konferenz in Gnesen aus Anlass des 40. Jahrestages des Briefwechsels in Gnesen wies der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl auf die Rolle der Kirchen in der Bundesrepublik hin: Sie hätten einen entscheidenden Anteil daran gehabt, dass die große Mehrheit der Vertriebenen, wenn auch unter Schmerzen, den Verlust der Heimat akzeptiert habe. Bei dieser Gelegenheit merkte Kohl an, dass in Polen von Anfang an "keine richtige Debatte" über das Zentrum gegen Vertreibungen stattgefunden habe.³⁸ Rzeczpospolita teilte ohne nähere Erläuterung in dem Bericht zu der Gnesener Konferenz das Gegenteil mit: "Helmut Kohl hat den Gedanken kritisiert, ein Zentrum gegen Vertreibungen aufzubauen."³⁹

Der berühmte Brief der polnischen Bischöfe ihren berühmten Brief gipfelte bekanntlich in dem Satz: "Wir vergeben und bitten um Vergebung." In der heutigen polnischen Debatte wird dieser Brief gern zitiert, es findet dabei aber keine Erwähnung, dass der zweite Teil dieses Satzes sich selbstverständlich auch auf die Vertreibung bezieht.